

Globalisierung

Die ökonomische Globalisierung und neoliberale Ideologie stehen miteinander in einer doppelten Wechselbeziehung: Zum einen ist Globalisierung selbst Ergebnis politischer Entscheidungen, für die der Neoliberalismus Pate stand. Zum anderen dient sie als Hebel zur Durchsetzung neoliberaler Politik.

Der Neoliberalismus knüpfte nach dem Zweiten Weltkrieg an die Auseinandersetzung um die Auswirkungen des Freihandels an. Keynesianisch geprägte ÖkonomInnen befürworteten die Öffnung der Gütermärkte, waren bei den Kapitalmärkten jedoch skeptisch. Dagegen fordern neoliberale ÖkonomInnen nicht nur den raschen Abbau aller Handelsschranken, sondern auch die völlige Öffnung der Kapitalmärkte – sie Sorge dafür, dass Kapital in die armen Länder fließt und zur rascheren wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt. Entsprechend fordern sie die Aufhebung von Kapitalverkehrs- und Investitionskontrollen, Öffnung der nationalen Finanzsysteme usw. Genau diese Politik wurde zwischen den Industrieländern umgesetzt und durch IWF und Weltbank auch in den Entwicklungsländern vorangetrieben. Die neoliberale Globalisierung ist also kein Sachzwang, sondern eine beschlossene Sache.

Trotz der weitgehender Öffnung der Güter- und Kapitalmärkte in den letzten 30 Jahren besteht aus neoliberaler Sicht das zentrale Problem in ihrer unvollkommenen Durchsetzung. Korruption, mangelnde Eigentums- und Vertragssicherheit sowie ineffiziente staatliche Regulierungen führten dazu, dass internationale Investitionen unter ihren Möglichkeiten blieben. Die Öffnung der Märkte sei entwicklungsförderlich aber inkonsequent umgesetzt. So schotteten die Industrieländer ihre eigenen Agrarmärkte gegen Importe der Entwicklungsländer ab und betreiben mit ihren Agrarprodukten durch Subventionen Dumping. Die Kernaussage lautet: Wenn alle Länder und Bevölkerungsgruppen an der Globalisierung teilnehmen, profitieren auch alle.

Eine kritische Sicht auf die Globalisierung kommt zu einem anderen Ergebnis. Die Globalisierung hat entgegen den neoliberalen Vorhersagen für den größten Teil der Entwicklungsländer keinen Fortschritt gebracht. Lateinamerika und Afrika stehen heute schlechter da. Dagegen sind China und Indien der neoliberalen Empfehlung der Marktöffnung um jeden Preis nicht gefolgt. Vielmehr wurden Marktöffnung und politischer Eingriff in die Ökonomie verbunden. Hinzu kommt, dass GlobalisierungskritikerInnen wie keynesianisch geprägte ÖkonomInnen skeptisch sind, was die Effizienz und Wohlfahrtssteigerung durch schwach regulierte Märkte angeht. Wichtige gesellschaftliche Ziele wie gleichmäßige Verteilung von Vermögen, Chancen und Einkommen, Schutz der Natur, soziale Sicherheit, eine stabile, möglichst

wenig krisenhafte Wirtschaftsentwicklung, VerbraucherInnenschutz usw. können von Märkten nicht aus sich heraus erreicht werden. Globalisierung internationalisiert die Ebene des Marktes, während die Regulierung der Märkte nationalstaatlich bleibt. Damit geraten letztere unter Globalisierungsdruck. Die meisten Neoliberalen begrüßen diesen Druck, weil sie staatliche Regulierungen auf das Nötigste begrenzen wollen. Dabei auf der Strecke bleiben all die gesellschaftlichen Ziele, die nur durch staatliche Regulierung erreichbar sind. Globalisierung ist also nicht notwendig wohlfahrtssteigernd.

Obwohl selbst ein Kind des Neoliberalismus dient die heutige Form der Globalisierung als Lieblingsargument für die Durchsetzung neoliberaler Politik. Es gibt kaum einen Einschnitt in das soziale Netz, der nicht mit dem Hinweis auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit begründet wird. Der neoliberale Umbau vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat fand in aller Regel gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung statt und stellt eine Form der faktischen Entdemokratisierung dar.

Bei aller Einigkeit neoliberaler ÖkonomInnen über die Begrenzung staatlicher Eingriffe im sozialen Bereich gibt es doch große Unterschiede. Ein Teil der Neoliberalen fordert den weitgehenden Rückzug des Staates jenseits von Militär, innerer Sicherheit und Eigentums- und Rechtssicherheit. Ein anderer Teil plädiert, etwa in der Folge der »neuen Wachstumstheorie«, für die staatliche Bereitstellung und Förderungen von Bildung, Infrastruktur und Forschung und Entwicklung, um im internationalen Wettbewerb erfolgreicher zu sein. Dabei bleibt auf der Strecke, was zu einem guten Leben gehört und der Wettbewerbsfähigkeit nicht dienlich ist.

Zur Durchsetzung des Abbaus sozialer Rechte genügte jedoch nicht der Verweis auf den vermeintlichen Sachzwang »Wettbewerb«. Vielmehr hat die neoliberale Globalisierung die Kräfteverhältnisse zwischen Neoliberalen und sozial-ökologischen ReguliererInnen auf nationalstaatlicher Ebene verändert. Während Konzerne und Vermögende nun mit Kapitalabzug drohen können, fehlt letzteren ein solches Durchsetzungsinstrument. Für die logische Alternative der Internationalisierung sozial-ökologischer Rechte und Regulierungen fehlt derzeit noch die Kraft. Gewerkschaften und progressive Nichtregierungsorganisationen haben auf internationaler Ebene noch lange nicht die notwendige Kampagnen-, Aktions- und Politikfähigkeit erreicht, die auf nationaler Ebene die Durchsetzung des Sozialstaates möglich gemacht hat.

Sven Giegold

Zum Weiterlesen

ABC der Globalisierung (2005): Von »Alterssicherung« bis »Zivilgesellschaft«. Herausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Hamburg.